

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe

70. Sitzung
18. Mai 2026

Beginn: 14.06 Uhr
Schluss: 16.08 Uhr
Vorsitz: Jörg Stroedter (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Stärkung der Resilienz der Berliner
Wasserinfrastruktur: Wie schützen die Berliner
Wasserbetriebe die Wasserinfrastruktur vor
drohenden Anschlägen auch auf die
Stromversorgung und was muss aus Sicht der BWB
noch verbessert werden?**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0306](#)
WiEnBe

Hierzu: Anhörung

Vorsitzender Jörg Stroedter: Zu diesem Punkt der Tagesordnung darf ich auch Frau Pankow aus der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe, die Leiterin des Referats IV B – Unternehmensbeteiligungen, Anstalten öffentlichen Rechts –, begrüßen, die uns gegebenenfalls für Fragen zur Verfügung steht.

Dann begrüße ich die beiden Anzuhörenden aus dem Vorstand der Berliner Wasserbetriebe, zum einen Frau Dr. Gesche Grützmacher, Vorständin Technik, und zum anderen Frau Kerstin Oster, Vorständin Personal und Soziales, beide, wie gesagt, von den Berliner Wasserbetrieben. Beiden ein herzliches Willkommen hier im Ausschuss!

Ich gehe davon aus, dass wie immer ein Wortprotokoll gewünscht wird. – Dem wird zumindest nicht widersprochen. Ich gehe also davon aus, wir machen ein Wortprotokoll. Dann frage ich in Richtung der Fraktionen: CDU, Begründungsbedarf? – Das ist nicht der Fall. – SPD, Begründungsbedarf?

Jörg Stroedter (SPD): Dann darf ich als Ausschussvorsitzender vielleicht noch die Begründung der SPD kurz ansprechen. Die Begründung ist einfach die: Wir haben mit dem Stromthema ein Riesenthema in dieser Stadt gehabt, das die Stadt heute immer noch begleitet, oft mit Nebenaspekten und nicht mit dem eigentlichen Aspekt. Aber das Grundproblem ist wieder aktuell, wie wir alle verfolgen und lesen können, weil es wieder Anschlagsdrohungen gibt. Ich brauche niemandem zu sagen, welche Bedeutungen, welche Konsequenzen das möglicherweise haben könnte. Auch wenn da durch die Verwaltungen Großes geleistet worden ist, ist das ein gravierender Vorgang, den man nicht einfach so zur Seite schieben kann.

Der Wunsch der CDU- und der SPD-Fraktion ist, einmal mit den Berliner Wasserbetrieben das Thema zu klären. Wer wie ich als Abgeordneter schon mal so ein Wasserwerk besichtigt hat, der weiß, dass auch dort Dinge zu beachten sind. Das Thema Strom spielt dort auch eine Rolle, nicht nur das Thema Wasser. Das ist der Grund, warum wir das angemeldet haben. Es gibt ja auch die AG Resilienz der beiden Koalitionsfraktionen, die dazu tagt. – Das soll es aus Sicht der SPD-Fraktion zur Begründung gewesen sein.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Ich gehe davon aus, dass wir jetzt mit der Anhörung anfangen. Üblicherweise sind es hier immer fünf Minuten, und weil Sie zu zweit sind, hätten Sie sich die Redezeit theoretisch teilen müssen. Da wir aber keine weiteren Anzuhörenden haben, kann jede von Ihnen bis zu fünf Minuten zu dem Thema sprechen; alles andere dann in der Diskussion. Es gibt dann die Fragerunde, und darin gibt es noch genügend Möglichkeiten, die Dinge, die man nicht gleich untergebracht hat, noch in die Antwortrunde mit einzubringen. – Dann machen wir das so und fangen in alphabetischer Reihenfolge an. – Frau Dr. Grützmacher, Sie hätten das Wort, es sei denn, Sie wollen es anders. – Dann machen wir es andersherum. – Frau Oster, dann haben Sie als Erste das Wort!

Kerstin Oster (BWB): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Wir sind hier heute zu zweit. Warum? – Weil Frau Dr. Gesche Grützmacher die Technikvorständin ist und das ganze Thema Unternehmenssicherheit in meinem Ressort ist. Insofern arbeiten wir beide sehr eng zusammen, und so ist jetzt auch die Aufstellung.

Wir haben zahlreiche Sicherheitsrisiken, die sich im Laufe der letzten Jahre im privaten und beruflichen Umfeld erhöhen, auch dramatisch erhöhen. Das ist eine Professionalisierung, die

wir auch selbst feststellen. Insofern ist es für uns als Wasserbetriebe, und das haben wir in der Vergangenheit auch bereits gezeigt, ganz notwendig, dass wir uns hier aufstellen. Es gibt Cybersicherheitsangriffe, Sabotage, Social Engineering – wenn man Anrufe bekommt, Vertrauen geschaffen wird, man etwas überweisen soll –, viele Desinformationen und auch Angriffsformen mithilfe künstlicher Intelligenz, immer stärker, dass man es kaum noch erkennt. Insofern sind auch die Wasserbetriebe, die 4 Millionen Bürgerinnen und Bürger und das Umland mit Wasser ver- und Abwasser entsorgen, von diesen Bedrohungen betroffen. Wir müssen uns hier aufstellen. Das heißt, wir müssen Standards etablieren, um unsere technische Resilienz zu erhöhen. Wir sind ein KRITIS-Unternehmen.

In den Jahren 2025 und 2026: Zum Glück gibt es weitere Regulationen, auf die wir gesellschaftlich reagieren. Die Wasserbetriebe haben in der Vergangenheit bereits Maßnahmen zur Abwehr von digitalen und analogen Angriffen ergriffen. Das NIS-2-Gesetz, das am 6. Dezember des letzten Jahres etabliert wurde, das keine Übergangsfristen hat, aber auf der anderen Seite auch das KRITIS-Dachgesetz, das jetzt im Juni kommen soll, helfen uns, diese Anstrengungen zu unterstützen. Was wir als Berliner Wasserbetriebe tun – unter anderem; wir kommen nachher noch auf die Details zu sprechen –, sind regelmäßige Übungen und Tests als permanente Aufgabe; das ist – erstens – für uns ein Selbstverständnis, zweitens dienen sie dazu, unsere Beschäftigten immer wieder zu schulen. Auf der anderen Seite haben wir auch, weil es so wichtig ist, einen Stabsbereich gegründet, einen Stabsbereich Unternehmenssicherheit. Hier haben wir einen CSO, einen Chief Security Officer, und einen CISO, einen Chief Information Security Officer, der sich schwerpunktmäßig um die Cybersicherheit kümmert, etabliert, damit wir die strategische Verantwortung bei uns im Unternehmen etablieren, auch die Sichtbarkeit. Das ist also keine Funktion, die unter „ferner liefen“ fällt, sondern wirklich sichtbar ist. Er berichtet direkt an den Vorstand.

Wir führen regelmäßige Penetrationstests durch. Das heißt, wir wollen wissen: Wie stark, wie hart ist eigentlich unsere Organisation? Penetrationstests bedeuten, wir lassen uns intern quasi hacken, um zu schauen, wie klar unsere Systeme sind. Wir testen auch, wie weit wir von außen angreifbar sind. Das heißt, wir machen Analysen, systemische Analysen zur Sicherheitslagebewertung. Wir wollen einfach wissen, wie wir im öffentlichen Internet und auch im Darknet sichtbar sind, wie eben auch Kriminelle Daten von Unternehmen zum Verkauf anbieten, auch von uns. Viele Schulungen bieten wir an. Wir sensibilisieren unsere Beschäftigten durch Anti-Fishing-Kampagnen, indem wir Fake-Mails – das machen wir häufig, und zwar mit einem externen Dienstleister –, die man kaum erkennt, bei uns im Unternehmen streuen, um so die Aufmerksamkeit der gesamten Belegschaft und die Awareness, die Sensibilität auf einem hohen Niveau zu halten.

Krisenmanagementstrukturen haben wir etabliert. Diese sind auch jetzt im Januar zum Einsatz genommen; das haben wir unter Beweis gestellt. Auch wir waren vom Stromausfall betroffen, aber dazu wird Frau Dr. Gesche Grützmaker berichten. Und, wie gesagt, das NIS-2-Umsetzungsgesetz wird für uns eine große Rolle spielen. Dazu etablieren wir jetzt ein sogenanntes Security Operations Center. Da wird das Unternehmen im Grunde genommen aus diesem SOC, so heißt die Abkürzung, gesteuert. Wir arbeiten zusammen mit der OT, das ist die Betriebe-IT, und der IT. Das heißt, bis dato haben wir alles gekappt, also entkapselt oder quasi gekapselt. Beide Systeme sind voneinander getrennt, aber im Rahmen des NIS-2-Gesetzes müssen wir uns hier auf den Weg machen; das haben wir bereits gemacht. Wir wollen hierzu technische Überwachungsfähigkeiten unserer Infrastruktur weiter aufbauen und

durch externe Dienstleister unterstützen lassen. – Das machen wir alles intern. Es ist auch ganz wichtig, dass wir das machen. Das sind einerseits die gesetzlichen Regelungen, die Maßnahmen. Die Frage war ja: Was brauchen wir noch? – Für uns ist aber auch ganz wichtig, dass wir damit nicht allein unterwegs sind, also innerhalb der Berliner Wasserbetriebe, sondern für uns ist die Vernetzung extrem wichtig, die Vernetzung mit den Berliner Behörden und das Durchführen gemeinsamer Übungen; das ist auch ganz wichtig.

Die Abstimmung ist sehr wichtig, um ein gegenseitiges Verständnis zu entwickeln und die Automatismen bei der Bewältigung von Lagen einzustudieren. Da geht es um Übung, Übung, Übung, damit das relativ selbstverständlich ist, wie wir in kürzester Zeit auf solche Situationen reagieren können. Es ist einmal ganz wichtig, dass es ein Selbstverständnis wird, wie wir den Austausch von Informationen vornehmen, aber auf der anderen Seite auch, wie wir eine vertrauliche Umgebung schaffen, wo wir diesen Austausch etablieren können.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Dann, bitte, Frau Dr. Grützmaker!

Dr. Gesche Grützmaker (BWB): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Wie bereits von meiner Kollegin ausgeführt, konnten wir die Lage im Januar in Zehlendorf gut bewältigen und unser Kerngeschäft über vier ganze Tage aufrechterhalten. Das galt auch für ein ähnliches Szenario im September, das wir im letzten Jahr in Treptow-Köpenick hatten und bei dem es zu keiner Zeit einen Ausfall der Versorgungs- und Entsorgungsleistung der Wasserver- beziehungsweise Abwasserentsorgung kam. Die dafür erforderlichen Vorbereitungen laufen bei den Berliner Wasserbetrieben im sogenannten Notfallmanagement der technischen Bereiche und übergeordnet im Krisenmanagement.

Wir haben alle unsere Schwerpunktwaterwerke und auch die kleineren mit Notstromaggregaten ausgerüstet, sodass sie auch bei einem Stromausfall in der Lage sind, das Wasser zu fördern; denn die ganzen Pumpen sind alle elektrisch betrieben, nachdem wir irgendwann einmal die Diesellaggregate abgeschafft haben. Das Aggregat des im Januar betroffenen Wasserwerks Beelitzhof lief über 106 Stunden im Vollbetrieb und hat damit dafür gesorgt, dass alle Bewohnerinnen und Bewohner der betroffenen Stadtbezirke ausreichend Wasser hatten. Die einzigen Bereiche, wo es zum Ausfall kam, waren höhere Stockwerke, wo lokal noch Druckerhöhungsstationen in Verantwortung der Hausbesitzer oder Grundstückseigentümer stehen. Bei den Abwasserpumpwerken haben wir mobile Notstromaggregate zum Einsatz gebracht, die auch während dieser Zeit komplett fehlerfrei durchliefen.

Aber neben den technischen Maßnahmen haben wir auch organisatorische ergriffen. Der Krisenstab der BWB übernimmt in außergewöhnlichen Lagen die Führung bei deren Abarbeitung, also bei der Abarbeitung der Lagen. Der Krisenstab wird mit Übungen, sogenannten Krisenübungen, auf verschiedene Szenarien und seine Funktionsweise darin vorbereitet. Das sogenannte Krisen- und Notfallexpertinnen- und -expertenteam der BWB, kurz KNET genannt, besteht aus Kolleginnen und Kollegen der technischen Bereiche unter der Leitung der Unternehmenssicherheit, wirft Fragestellungen auf und steuert Projekte ein, die die Resilienz der BWB steigern sollen. Sie kommen alle zwei Wochen zusammen im Tagesgeschäft, während der Krisenstab natürlich nur dann zusammenkommt, wenn eine Krise ausgerufen wird.

Zudem werden auch im Bereich Notstrom permanent Tests durchgeführt. Das gilt sowohl für die Notstromaggregate auf den Wasserwerken als auch für diejenigen in den zentralen Leitwarten oder im Entstörungsdienst. Auch unser Rechenzentrum ist bereits diesen Tests unterzogen worden. – Für den Betrieb unserer kritischen Anlagen spielt das seit diesem Jahr – auch schon erwähnte – gültige KRITIS-Dachgesetz eine wichtige Rolle. Diese Norm, wie Sie möglicherweise schon wissen, entspringt der sogenannten CER-Richtlinie der EU, die hiermit in nationales Recht überführt wurde. Dieses Gesetz regelt alle Non-Cybersicherheitsthemen und fokussiert sich auf die physische Sicherheit und auf die Betriebskontinuität. Als dort geforderte Maßnahmen gelten beispielsweise Risikoanalysen, Objektschutz, Krisenmanagement und

die Notstromversorgung. Wir haben uns bereits auf den Weg gemacht, das Ganze umzusetzen – dort, wo wir es nicht bereits sowieso schon erfüllen. Aufgrund der Einführung des KRITIS-Dachgesetzes sowie nach den Erkenntnissen aus den Stromausfällen in Berlin im September 2025 in Treptow-Köpenick und im Januar dieses Jahres in Steglitz-Zehlendorf wurden weitere Resilienzmaßnahmen eingeleitet und in Teilen bereits umgesetzt, insbesondere im Kontext der physischen Sicherheit und der Betriebskontinuität. Das heißt beispielsweise, dass wir unsere neuralgischen Punkte nun videoüberwachen und unsere Notstromkapazitäten weiter ausbauen.

Zum Schluss noch zwei, sagen wir mal, Wünsche, von denen ich denke, dass wir da gemeinsam in die Umsetzung gehen müssen. Wir müssen gemeinsame Übungen mit den verantwortlichen Behörden und anderen KRITIS-Betreibern durchführen, denn die sind der Schlüssel für eine erfolgreiche Zusammenarbeit; das hat meine Kollegin Kerstin Oster bereits erwähnt. Zudem sollten wir alle gemeinschaftlich und in Abstimmung mit den KRITIS-Betreibern untereinander festlegen, wie lange wir unser Kerngeschäft, die Versorgung, aufrechterhalten können und müssen. Denn letztendlich ist es immer so, dass wir uns nur auf das vorbereiten können, von dem wir denken, dass es eintreten wird; aber auch das ändert sich mit der Zeit. Wir sind dabei, verschiedene Szenarien zu entwickeln. Ich denke, das sollten wir gemeinsam mit den anderen KRITIS-Betreibern machen, damit wir da eine einheitliche Vorgehensweise haben. – Ich bedanke mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank an Sie beide! – Dann gehen wir jetzt in die Runde der Fraktionen hinein – und beginnen mit dem Kollegen Bertram für Die Linke.

Philipp Bertram (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an Sie beide für den sehr kompakten und umfangreichen Überblick! Ich finde, es zeigt sich bei Ihren Äußerungen wieder sehr deutlich, welches Glück wir bei den Wasserbetrieben haben mit einer guten Führung und einem sehr gut aufgestellten Unternehmen, dass man das auch in so einer kompakten Art und Weise hier so vollständig darstellen kann. – Ich würde gern zwei Punkte ansprechen. Das eine ist: Wir beschäftigen uns mit den Wasserbetrieben in diversen Ausschüssen hier im Haus. Eines der Themen ist das Resilienzkonzept, das auch mit Investitionsmitteln für die nächsten – noch vier – Jahre unterlegt ist; ich glaube, es läuft bis 2030. Mich würde interessieren, ob Sie im Zuge der beiden Anschläge auf das Stromnetz und der daraus folgenden Ausfälle für sich noch mal Anpassungen vornehmen mussten, wenn ja, wie die aussehen, und ob sich dadurch bestimmte Investitionsvorhaben verändert oder verschoben haben und ob Sie dort Anpassungen vornehmen mussten.

Die zweite Frage in dem Zusammenhang ist – Resilienz werden Sie nicht nur im Sinne des eigentlichen Resilienzkonzepts mitdenken, sondern sie wird sich übergreifend über Investitionsmaßnahmen darstellen –, welche Rolle das für Sie in den weiteren Investitionsmaßnahmen, zum Beispiel im Rahmen des Klimapakts, spielt, welchen Stellenwert das für Sie hat und ob es dort eventuell auch noch mal Überarbeitungen gab oder Anpassungsbedarfe, die Sie für die Zukunft sehen.

Mit den letzten beiden Fragen in dem Zusammenhang geht es auch ein Stück weit um das Geld. Sie haben Investitionsvorhaben, die immens sind, auch über die nächsten Jahre, die auch durch Ihr Unternehmen selbst, auch im Rahmen einer Eigenkapitalquote, untersetzt werden. Fühlen Sie sich – ich glaube, hier im Ausschuss haben wir es lange nicht besprochen –

dort ausreichend ausgestattet? Sehen Sie dort Anpassungsbedarfe, die Sie uns mitteilen wollen, oder sogar Wünsche? Und – das ist die letzte Frage –: Sie haben zwei Punkte genannt – gemeinsame Übungen der KRITIS-Betreiber und die Definition der Bereitstellung des Kerngeschäfts. Gibt es darüber hinaus Anpassungsbedarfe im Bereich des Landes Berlin, die Sie zum Beispiel auf gesetzlicher Ebene sehen? Wir hatten die Diskussion nach dem Stromanschlag, wo ganz schnell gesetzliche Anpassungen durch das Haus gebracht wurden. Mich würde interessieren, ob es aus Ihrer Sicht für den Bereich Wasserwirtschaft hier noch Anpassungsbedarfe gibt oder ob das einfach obsolet ist.

Dem Senat würde ich gern die beiden Fragestellungen und Wünsche übermitteln und fragen, wie Sie sich dazu verhalten, denn Sie haben im Rahmen des Stromanschlags und der Nachbereitung auch darüber gesprochen, dass Sie natürlich Übungen planen, dass Sie die KRITIS-Betreiber zusammenbringen. Vielleicht können Sie die Gelegenheit nutzen, noch mal darzustellen, was dort tatsächlich geplant ist, was schon gelaufen ist – ich glaube, darauf sind Sie vorbereitet – und wie man sich dieser Frage, die durchaus eine hohe Relevanz hat, nähern möchte, wie man das Kerngeschäft in der Bereitstellung definieren möchte und wie man dort zu gescheiterten Werten kommt. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Kollege! – Dann habe ich mich eingetragen für die SPD-Fraktion.

Jörg Stroedter (SPD): Ich will mit dem Thema anfangen, das Sie schon angesprochen haben. Das Thema ist zweigeteilt. Das eine ist die Frage, welche Konsequenzen ein Ausfall des Stromnetzes für Sie hätte. Das haben wir schon in Zehlendorf gesehen, auch relativ gut durch Sie gehandelt. Sie haben auch schon das Problem genannt: Wenn ich in bestimmte Etagen komme, wird es schon wieder schwieriger. Vielleicht können Sie es noch mal ein bisschen ausführen, warum das schwieriger wird. Aber wir haben heute auch einen zweiten Punkt, nämlich nicht nur die Frage eines Anschlags direkt auf das Stromnetz mit Auswirkungen auf Sie, sondern auch die eines Anschlags auf den Bereich Wasser. Wie gesagt, ich habe vorhin angedeutet, dass ich auch schon mal so ein Wasserwerk von innen besichtigt habe. Da ist schon die Frage, inwieweit die Anlagen so geschützt sind, sowohl dass die Zentrale das alles überwachen kann, dass das sofort zum – – Und: Wasser ist ein Thema, das möglicherweise noch sensibler ist als das Thema Strom. Wir reden dann auch über einen Anschlag, der möglicherweise auch gesundheitsgefährdend sein könnte. Auch dazu hätte ich gern mal von Ihrer Seite aus gehört, wie Sie das sehen.

Die Frage ist auch: Wir haben jetzt bei Strom als Konsequenz – das haben wir als SPD-Fraktion sehr massiv eingefordert –, dass wir das Thema Bewachung ansprechen. Beim Strom war der Punkt, dass sehr viele Leitungen unterirdisch sind. Da ging es um einen kleinen Teil von Leitungen – so, wie das da betroffen ist –, die oberirdisch sind, wo die Gefahr besteht, wenn man die nicht ordentlich sichert, dass so etwas passieren kann. Da wäre auch die Frage an Sie: Wie sieht es bei Ihnen aus mit dem Thema Bewachung? –, ohne hier den Datenschutz verletzen zu müssen. Man kann das Thema etwas allgemeiner behandeln und die Frage beantworten, ob Sie da auch noch einen Nachholbedarf sehen, wo Sie etwas machen müssen.

Zu dem, was der Kollege Bertram angesprochen hat, will ich auch etwas sagen. Ich sehe das so, dass wir den Wasserbetrieben jetzt noch mal Geld geben im Sinne des Klimapakts. Ich sehe im Augenblick, dass die Wasserbetriebe nach wie vor einen hohen Gewinn, andererseits

auch einen hohen Investitionsbedarf haben. Ich kann im Augenblick nicht erkennen, dass ein größerer finanzieller Bedarf da sein könnte. Jedenfalls sage ich das mal so deutlich für meine Person: Solange wir immer noch Gewinne abführen, meine ich, muss man erst mal über das Thema Gewinnabführung nachdenken, ehe man das anders macht. Denn bei dem Thema werden immer die Unternehmen bestraft, die Gewinne machen, während die Unternehmen, die in den Verlusten sind, diese Verluste machen und das obendrein noch ausgeglichen bekommen. Das ist eine Schieflage, die ich als langjähriger Abgeordneter des Beteiligungsausschusses schon öfter kritisch angesprochen habe. Das heißt, auch da würde mich mal Ihre Position – zu dem Thema – interessieren.

Die Frage geht natürlich auch an den Senat. Der Senat sollte sich dazu auch entsprechend positionieren. Wir sind uns, glaube ich, alle darüber einig: Das, was dort passiert ist, erst in Köpenick und dann in Treptow noch mal, jetzt in Zehlendorf Anfang des Jahres, darf und sollte sich nicht wiederholen. Das ist schon so ein gravierender Einschnitt, und auch im Sommer sollte sich das nicht wiederholen. Bei dem Thema Wasser geht es auch um mehr. Es wird dann immer relativ schnell darüber spekuliert, woher diejenigen kommen, die so einen Anschlag ausüben. Meistens kommen die schon von uns her; das ist ja das alte Thema. Wer länger dabei ist, weiß, was ich meine – Rote-Armee-Fraktion unter anderem –; da waren das auch schon Themen, inwieweit ein Risiko besteht. – Bis heute ist diese Gruppe nicht ermittelt. Bis heute hat nicht mal die riesige Belohnung etwas gebracht. Deshalb ist es für uns als SPD-Fraktion schon wichtig, dass der Schutz, soweit das möglich ist, Ihrerseits auch gewährleistet ist – und was Sie vom Senat gegebenenfalls an Unterstützungsleistung erwarten. – Gut, das soll es von meiner Seite aus sein.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Dann ist als nächste Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an der Reihe. – Herr Dr. Taschner hat das Wort.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Auch für mich und meine Fraktion kann ich mich dem Dank und Lob des Kollegen Bertram an die Wasserbetriebe nur anschließen. – Vier Fragen habe ich mitgebracht. Sie sprachen davon, dass Sie die Wasserversorgung und -entsorgung im Januar während des Stromausfalls komplett sicherstellen konnten, außer – Sie nannten es – Häuser mit oberen Etagen, wo es schwierig ist. Welches Stockwerk kann ich mir da vorstellen bei den oberen Etagen? Oder anders gefragt: Ist die Gebäudestruktur in dem Gebiet, das von dem Stromausfall betroffen war, in dem Fall günstig gewesen? Denn wenn ich an meinen Bezirk Lichtenberg denke, haben wir dort durchaus viele sehr hohe Häuser. Deswegen auch die Frage: Wie würde es zum Beispiel aussehen, würden wir, einfach gesprochen, in Plattenbausiedlungen mit ähnlichen Ausfällen rechnen? Sie haben schon gesagt, Sie schaffen es in den oberen Stockwerken nicht, aber bis zu welchem Stockwerk würden Sie es schaffen, und welche Konsequenzen müsste man letztendlich ziehen, damit auch obere Stockwerke mit Wasser versorgt werden?

Sie sprachen davon, dass Sie – wenig überraschend – mit Notstromaggregaten arbeiten. Ich nehme an, das könnten wahrscheinlich dieselbetriebene gewesen sein. Ist dem so? Wie planen Sie in der Zukunft, weiter mit Diesel? Oder ist da erneuerbare Energie mit Drehspeichern in Zukunft geplant? Wie lange, wie viele Tage können Sie letztendlich, wenn wir mal vom Diesel ausgehen, vor Ort in den Wasserwerken, ohne Versorgung von außen, zum Beispiel mit Diesel, die Sache aufrechterhalten?

Die letzte Frage: Es war zwar ein großes Gebiet, das vom Stromausfall betroffen war, aber im Vergleich zu ganz Berlin doch nur ein kleinerer Teil. Das heißt, ab welcher Größe der Betroffenheit von solchen Ausfällen der Stromversorgung würde man sagen, dass man erhebliche Probleme bekommen würde? Oder war es gerade günstig dadurch, dass es räumlich gesehen halbwegs eingeschränkt war? – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke sehr, Herr Kollege! – Dann für die CDU-Fraktion der Kollege Schaal!

Lucas Schaal (CDU): Herzlichen Dank auch von unserer Seite! Ich würde in der Tat auch das Szenario, das hier mit anskizziert wurde, des Stromausfalls noch mal abfragen wollen, und zwar auch hinsichtlich der hohen Häuser, wenn ich mir beispielsweise bei mir die Leipziger Straße oder auch die Fischerinsel vorstelle. Mein Kenntnisstand ist, dass der Wasserdruck, den wir haben, so groß ist, dass wir im Falle eines Stromausfalls bis zum fünften Stockwerk etwa versorgen können. Daher wäre die Frage ganz praktisch: Wie sähe das aus in einem Stromausfallszenario? Könnten wir oder Sie auch kurzfristig so etwas wie Entnahmestellen auf Straßenniveau einrichten, damit Menschen sich selbst dort Wasser zapfen können? Sind das Szenarien, auf die wir vorbereitet sind, um im Katastrophenfall mit Hydranten oder Ähnlichem die Wasserentnahme für die Zivilbevölkerung sicherzustellen? Das wäre einfach ein Szenario, das mich interessieren würde. Ansonsten kann ich mich dem Dank der Vorredner zur Gesamtleistung der Wasserbetriebe anschließen.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke sehr! – Dann haben wir den Kollegen Hansel für die AfD-Fraktion.

Frank-Christian Hansel (AfD): Vielen Dank! – Auch wir schließen uns den Ausführungen der Linken und Grünen in Sachen Kompetenz der Wasserbetriebe an. Darum geht meine Schlussfrage am Ende an den Senat. – Berlin kann natürlich Ausfälle im Komfortbereich verkraften; einen längerfristigen Ausfall von Trinkwasser und Abwasserentsorgung – der hygienischen Grundversorgung einer Millionenstadt – können wir nicht verkraften. Die Frage ist auch – es war ein relativ kleiner Ausschnitt –, was bei einem totalen Blackout passiert. Den will keiner haben; aber was passiert dann tatsächlich? – Der Vorsitzende hat auch darauf hingewiesen, dass die kritischen Infrastrukturen voneinander abhängig sind. Gerade beim Stromausfall sind nicht nur Haushalte und Heizungen unter Druck, sondern auch Pumpwerke, Steuerungssysteme, Kommunikation, also die ganzen Themen, die Sie schon angesprochen haben. Das ist die entscheidende Frage: Wie resilient ist die Berliner Wasserinfrastruktur tatsächlich? –, und zwar nicht im Sinne einer unrealistischen Unverwundbarkeit, das wissen wir, eine hundertprozentige Sicherheit kann es nicht geben, das ist klar, sondern im Sinne der Fähigkeit, Störungen zu überstehen, Ersatzstrukturen zu aktivieren, den Betrieb priorisiert aufrechtzuerhalten und nach Ausfällen schnell wiederherzustellen. Es geht also nicht allein um die Abwehr von Angriffen, sondern auch um die Funktionsfähigkeit trotz Störungen.

Eine Frage zum Lagebild und zur Risikobewertung: Wie bewerten Sie aktuell die Bedrohungslage für die Berliner Wasser- und Abwasserinfrastruktur durch Sabotage, Cyberangriffe, Drohnen, Stromausfälle, Extremwetter und hybride Bedrohungen? Und welche Szenarien werden regelmäßig geübt? Ein lokaler Stromausfall, ein mehrtägiger Stromausfall, ein gleichzeitiger Ausfall mehrerer Anlagen, ein Cyberangriff auf Steuerungsinstrumente? Da gibt es eine ganze Menge. Da müssen Sie auch nicht ins Detail gehen, sonst würde uns noch vorge-

worfen werden, was auch schon, völlig irre, mal in den Medien war, dass, wenn wir kritische Fragen stellen, dann irgendwelche Extremisten darauf zurückgreifen, um dann tatsächlich tätig zu werden. Insofern sollen Sie natürlich keine tatsächlichen Krisenszenarien oder das, wie Sie darauf reagieren, darstellen, aber vielleicht ein bisschen mehr ausführen, was Sie da tatsächlich tun, um dem abzuhelpen.

Dann: Wie lange kann die Trinkwasserversorgung – das wurde auch schon angesprochen – bei einem flächendeckenden Stromausfall nach heutigem Stand aufrechterhalten werden? Es gab eine ältere öffentliche Darstellung von Ihnen, da ging es um 36 Stunden Trinkwasserversorgung über Notstromaggregate. Da gehe ich davon aus, dass diese Zahl heute anders ist. Es wäre nett, wenn Sie sich auch dazu äußern könnten.

Dann die Frage: Wie ist die Treibstoffversorgung für Notstromaggregate im Krisenfall gesichert? Und: Gibt es priorisierte Lieferketten und -verträge für Diesel, Ersatzteile, mobile Pumpen oder Aggregate, falls das dann doch über einen Zeitraum hinausgeht und schwierig wird?

Dann: das Abwasser als unterschätztes Risiko. Wir konzentrieren uns auf das Trinkwasser, aber es gibt bei einem längeren Stromausfall Folgen für die Hygiene, Kellerüberflutung, Gewässerbelastung und so weiter. Was ist da das Szenario? Welche Investitionen wären nötig, um besonders kritische Abwasseranlagen resilient zu machen?

Kurz das Thema, das Sie auch hatten, Cyber- und IT-Sicherheit: Wie schützen Sie Ihre Leit- und Steuerungssysteme gegen Cyberangriffe? Sehen Sie sich, Ihre IT und die operative Technik, ausreichend segmentiert, dass das funktioniert? Sie sprachen auch von Penetrationstests und so weiter. Das klang schon sehr gut, in die richtige Richtung, aber vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen.

Zur Kommunikation im Krisenfall: Wie kommunizieren die BWB mit Senat, Bezirken, Feuerwehr, Polizei, dem Technischen Hilfswerk, Krankenhäusern und so weiter? Sind die BWB in ausfallsichere Kommunikationsstrukturen eingebunden, etwa Funklösungen oder KRITIS-Kommunikationsnetze?

Notwasser und Bevölkerungsschutz: Wie ist der Zustand der Trinkwassernotbrunnen? Das ist ganz wichtig. Wir hatten fraktionsübergreifend verschiedene Anträge in der letzten und in dieser Legislaturperiode, dass die Trinkwasserbrunnen instand gesetzt werden, sowohl die alten als auch neuere. Da ist, glaube ich, relativ wenig passiert. Gibt es da jetzt ein beschleunigtes Modernisierungsverfahren, damit das klappt? Das ist die Frage, die auch von den Kollegen gestellt wurde, dass, wenn es oben nicht mehr ankommt, man vielleicht auf der Straße etwas macht. Da wäre die Trinkbrunnenversorgung das beste Argument.

Wie sind die Bezirke eingebunden im Krisenfall? Sind die Bezirke ausreichend vorbereitet? Gibt es gemeinsame Übungen mit den Bezirken zur Notwasserversorgung?

Zum Thema Personal: Wie lange können Sie als Wasserbetriebe einen Krisenstab personell durchhalten? Gibt es Schicht-, Unterkunfts-, Transport- und Versorgungskonzepte für Mitarbeiter in mehrtätigen Krisenfällen? Das ist ja auch eine Frage, die sich stellt. Und sind externe Dienstleister und Subunternehmer in die Notfallplanung eingebunden?

Jetzt komme ich zum letzten Teil, der in Richtung Senat geht: die Finanzierung und politische Verantwortung. Welche konkreten Investitionen in Resilienz halten die Wasserbetriebe für erforderlich? – Das wurde angesprochen, das Thema Finanzen; wir haben hohe Investitionen. Welche Maßnahmen scheitern derzeit an Finanzierungen, Genehmigungen, Vergaberecht, fehlender Zuständigkeit oder regulatorischen Vorgaben? Sollte Berlin einen eigenen Resilienzfonds für kritische Infrastruktur auflegen? –, ist vielleicht auch eine interessante Frage. Müssen das Gebührenrecht, das Haushaltsrecht oder die Investitionsplanung angepasst werden, damit Sicherheits- und Resilienzmaßnahmen nicht gegen andere Investitionsbedarfe ausgespielt werden? Das Thema hatten wir; das ist hier die Grundfrage. – Insgesamt lautet unsere Frage nicht, ob die Berliner Wasserbetriebe ihren Job machen – denn das tun sie –, sondern die Frage lautet, ob die Politik Ihnen die technischen, finanziellen, rechtlichen und sicherheitspolitischen Voraussetzungen gibt, damit die Wasserver- und die Abwasserentsorgung auch im Ernstfall funktionieren. Das geht dann auch an den Senat. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Gibt es im Augenblick weitere Wortmeldungen aus den Fraktionen? – Das ist nicht der Fall. Wir würden in der Antwortrunde jetzt mit dem Senat anfangen. Frau Senatorin Giffey hat um 16 Uhr einen Anschlusstermin und deshalb darum gebeten, dass sie als Erste antworten kann. – Bitte sehr, Frau Senatorin!

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe): Vielen Dank für Ausführungen, auch für die Fragen! Ich würde ein bisschen grundsätzlich auch einmal darüber sprechen, wie wir uns jetzt aufstellen und insgesamt, auch über die Wasserbetriebe hinaus, das Thema Resilienz ganz nach vorne gestellt haben in den letzten Monaten. Sie können sich vorstellen, dass nach den Ereignissen des 3. Januar, als wir nicht nur akut die Krisenbewältigung hatten, sondern auch die Nachbereitung, der Senat sich sehr umfassend damit beschäftigt hat, was wir tun können. Ich kann Ihnen ankündigen, dass wir morgen im Senat eine Beschlussvorlage einbringen werden – und schon eingebracht haben – für ein Resilienzkonzept für den Schutz unserer neuralgischen Punkte hier in der Stadt, insbesondere was die Stromversorgung angeht. Es wurde heute schon vielfach angesprochen: Es geht um technische, organisatorische, aber auch um physische Schutzmaßnahmen. Frau Dr. Grützmaker hat hier deutlich gemacht, dass in all den drei Bereichen die Wasserbetriebe sehr stark unterwegs sind.

Man kann sagen, dass wir all das von einem sehr hohen Niveau aus beginnend tun. Das hat man heute hier mitbekommen. Unsere KRITIS-Betreiber bewegen sich auf einem sehr hohen Niveau. Der Standard, der jetzt mit den zusätzlichen Maßnahmen umgesetzt wird, liegt deutlich über dem, was in den Bundesländern sonst so üblich ist. Aber das ist auch deshalb so, weil wir als Hauptstadt, als größte Metropole Deutschlands besonders im Fokus von Angriffen stehen. Ich finde es gerechtfertigt, wenn wir uns noch mal mehr überlegen, wie wir die Resilienz verstärken können, was wir dort tun können. Denn auch bei den Wasserbetrieben ist es so: Wir sprechen hier über Deutschlands größten Wasserver- und Abwasserentsorger. Es gibt kein anderes Wasserunternehmen in der gesamten Bundesrepublik, das größer ist als unsere Berliner Wasserbetriebe. Das bedeutet, dass wir hier erst einmal eine große quantitative Anforderung haben, aber natürlich auch eine sehr hohe qualitative Anforderung. Wir haben den Anspruch, hier eines der besten Trinkwasser – das kann man schon mal sagen – der Welt zu produzieren. Denn wenn Sie mal im Urlaub sind und merken, wo Sie überall den Wasserhahn aufdrehen und nicht daraus trinken können und wie die Qualität hier in Berlin ist, dann

ist das schon sehr besonders. Natürlich gilt das Gleiche für das Thema Abwasserreinigung; auch dort ist ein sehr hoher qualitativer Anspruch vorhanden.

Wir haben in den vergangenen Jahren das Sicherheitskonzept und das Resilienzkonzept immer weiter verfeinert und ausgebaut. Wir fangen überhaupt nicht bei null an, sondern es gibt ein hochqualitatives Sicherheitskonzept, eine sehr ausgeführte Krisen- und Katastrophenschutzvorsorge und auch die entsprechenden Übungen – Frau Oster hat das auch ausgeführt –, die gemacht werden, um bei der Bewältigung von Krisenfällen zu reagieren. Ich finde es immer ganz schön, dass wir da auch eine Abstufung haben, denn es ist nicht immer gleich der Totalausfall, sondern wir haben viele kleine Störungen, die jeden Tag bewerkstelligt werden, die aber gar keiner so richtig mitbekommt, weil es einfach im normalen Geschäft der Abwicklung verläuft.

Was wir hier im Januar gesehen haben, war ein Großereignis, das natürlich auch die Wasserbetriebe vor Herausforderungen stellte. Es wurde schon gesagt: Ein Wasserwerk, drei Abwasserpumpwerke waren betroffen. Wir haben es geschafft, dass die Berlinerinnen und Berliner wassertechnisch davon eigentlich gar nichts mitbekommen haben, weil sofort reagiert werden konnte mit Notstromaggregaten, unsere Pumpwerke im Griff behalten wurden. Das heißt, unsere Logistik und unsere Schutzmaßnahmen haben funktioniert. Auch die eigene Tanklogistik für die Notstromaggregate, die wir haben, die seit Jahren aufgebaut wurde, hat funktioniert. Das will ich noch mal sehr klar sagen. Es ist ja immer so: There is no glory in prevention. – Aber die Berlinerinnen und Berliner haben deshalb nichts gemerkt, weil unsere Systeme funktioniert haben, weil wir weiter, ohne Störung, die Wasserversorgung und die Abwasserentsorgung vollziehen konnten.

Wenn wir uns jetzt fragen: Was passiert generell, und worin wird investiert, wo sind die Finanzierungsthemen? –, jetzt ist Herr Hansel weg, aber ich will es noch mal sagen: Wir haben mehrere Sachen, in die die Investitionen laufen. Man kann das auch nicht so ganz voneinander trennen. Wenn Sie investieren in den Netzausbau, in die Instandhaltung, in die Sanierung des Netzes, wenn Sie investieren in Versorgungssicherheit, dann sind das immer Themen, die mit Resilienz einhergehen. Deshalb kann man nicht sagen: Eine Investition ins Netz oder in zusätzliche Abschiebeanlagen ist nur eine, die der Versorgung dient –, sondern es dient immer alles auch der Resilienz. Wenn wir Redundanzen schaffen, eine Transformationsinvestition machen, dann dienen die der Resilienz. Wir haben auch in diesem Jahr wieder weit über 0,5 Milliarden Euro Investitionsvolumen, das auf die Straße gebracht wird. Sie können davon ausgehen, dass unsere Wasserbetriebe jeden Tag, an dem Sie sich auf den Weg machen, wo auch immer Sie hingehen – ins Abgeordnetenhaus oder so –, über 1 Million Euro an Investitionsmitteln verbauen – jeden Tag über 1 Million Euro, das ist schon enorm, an einem Tag –, um solche Volumina tatsächlich zu verausgaben. Da sind ohnehin sehr viele Versorgungssicherheits- und Resilienzmaßnahmen dabei.

Wir haben, was das Thema Krisenkommunikation und Katastrophenschutzkommunikation angeht, noch einmal in den Betrieben – das wurde auch erläutert – die Verfahren überprüft. Es wurde gesagt, dass auch die neuralgischen Punkte der Wasserbetriebe mit zusätzlichen Schutzmaßnahmen belegt wurden. Dazu zählen die Themen Videoüberwachung, Bestreifung und Bewachung, aber auch physische Maßnahmen wie Einhausungen, bessere Verschlüsse, eine andere Absicherung von Wartungsschächten, also ganz viele Themen. Was neu hinzukommt, das gilt für alle KRITIS-Unternehmen, ist der Einsatz von künstlicher Intelligenz.

Also eine Kamera mit Videoüberwachung allein ist ja noch nicht die Lösung für alles, sondern es muss mit einem Alarmsystem gekoppelt sein und möglichst mit optischer, thermischer, mechanischer Sensorik, die auch mit künstlicher Intelligenz verbunden ist, die diese vielen Videobilder, all das, was da entsteht, auch auswerten und im Zweifel melden kann.

Ich möchte noch mal hervorheben, dass die Wasserbetriebe ja wirklich sehr klare Krisenreaktionsstrukturen mit Eskalationsstufen in den letzten Jahren etabliert haben. Denn bevor wir eine Krise haben, kommt eine normale Störung – also was heißt normal? – Es kommt also eine Störung, die im normalen Betrieb abgewickelt werden kann. Es kann auch mal einen Notfall geben, wo dann im normalen Betriebsverlauf reagiert wird. Das sind alles Themen, die der Bürger meistens gar nicht bemerkt. Dann erst kommt das Thema Krise, wo auch Reaktionsmechanismen da sind, und die vierte Stufe, die Eskalationsstufe, wäre die Katastrophe, die hatten wir so bisher noch nicht, und wir klopfen da sofort auf Holz. Aber das sind die vier Stufen, in denen wir auch den Krisenstab einsetzen, um dort immer einsatzbereit zu sein.

Es ist ja schon ausgeführt worden, Sie haben selbst bei einem großflächigen Stromausfall durch die Notstromanlagen, durch die Treibstoffreserven und durch unser vermaschtes Netz mindestens 36 Stunden gesicherte Wasserversorgung. Das ist sehr wichtig, und wir haben ja auch die Wasservorräte, quasi die Wasserbeutel, die vorgehalten werden. Das fand ich auch noch mal sehr wichtig zu erwähnen, sodass wir eben auch ohne funktionierende Wasserleitung noch Wasserreserven zum Verteilen haben, die dann den Berlinerinnen und Berlinern im Zweifel zur Verfügung gestellt werden können.

Insofern ist jetzt der entscheidende Punkt, dass nach den Ereignissen am Anfang des Jahres zusätzliche Maßnahmen auf diesem schon heute sehr hohen Schutzniveau aufsetzen. Diese zusätzlichen Maßnahmen sind gemacht worden. Frau Oster hat das auch ausgeführt, noch mal mehr Notstromaggregate, noch mal verbesserte Kommunikation, zusätzlicher Objektschutz, aber auch Weiterentwicklungen in der Art, wie wir Katastrophenübungen aufsetzen und zusätzliche Maßnahmen machen.

Das bedeutet, dass natürlich das Thema Kommunikation auch extrem wichtig ist, Kommunikation insbesondere über Mobilfunk, also nicht nur die Art und Weise, was kommuniziert wird, sondern vor allem, wie kommuniziert wird. Wir haben das gesehen, als der Strom ausfiel, sind die Mobilfunkmasten ausgefallen. Man konnte dann eben nicht mehr den Notruf absetzen oder das Telefonat führen, und das ist auch ein Thema, was wir mit unseren Mobilfunkbetreibern sehr intensiv diskutieren. Wir haben jetzt für Juni vorgesehen, dass wir unser Resilienzkonzept Mobilfunk in den Senat bringen. Daran haben wir in den letzten Monaten gearbeitet, wo es genau darum ging zu sagen: Wir brauchen eine Struktur, die ermöglicht, dass zumindest Notrufe abgesetzt werden können beziehungsweise auch Telefonate geführt werden können, auch in einer Situation, in der der Strom ausgefallen ist. Das bedeutet, dass die Mobilfunkmasten mit Notstrom zu versorgen sind und dass man es da schaffen muss, dass dieses Mindestmaß an mobiler Erreichbarkeit gegeben ist.

Davon abgesehen haben die Wasserbetriebe – und das finde ich noch mal wichtig – auch eine Einsatzkoordination mit unabhängigen Kommunikationslösungen aufgebaut. Da wird Frau Grützmacher vielleicht gleich noch etwas sagen. Natürlich kann man sich auch anders als über Mobilfunk verständigen. Darum geht es ja auch: Wie läuft Einsatzkoordination denn

eigentlich, wenn unsere normalen Kommunikationswege ausfallen? Auch das ist ein Thema für die Wasserbetriebe.

Das Thema physischer Schutz ist ja nicht nur Einhausung und Zäune und so weiter, sondern wir sind auch mit Zutrittskontrollen strenger geworden, das Thema: Wer kommt eigentlich in unsere Standorte rein? Wie müssen sich Leute ausweisen? – Ich finde das richtig, dass das so streng gehandhabt wird. Auch bei Stromnetz Berlin gibt es da sehr viele zusätzliche Dinge. Also Sie kommen nicht einfach in Gebäude oder Anlagen von Stromnetz Berlin rein, und das ist auch richtig so. Alle müssen sich ausweisen. Alle werden registriert. Es gibt bestimmte Sicherheitsvorkehrungen. Das muss unbedingt so sein.

Insofern finde ich das, was wir hier tun, aufbauend auf einem sehr hohen Schutzniveau sowieso und jetzt noch mal mit zusätzlichen Maßnahmen, wichtig. Herr Hansel, ich will es nur noch einmal sagen: Es gibt hier kein Ausspielen von Investitionsmaßnahmen, sondern das, was wir tun, jeden Tag mehr als 1 Million Euro, basiert immer auf diesen drei Prinzipien: Versorgungssicherheit, Resilienz, Investitionen in die Transformation. Wir haben an ganz vielen Stellen, wenn wir ins Netz investieren, immer auch den Resilienzgedanken mit dabei. Das heißt, eigentlich sind diese ganzen Investitionsmaßnahmen, die getroffen werden, nicht nur für die Versorgungssicherheit, sondern auch für das Thema Resilienzförderung entscheidend. Danach richten wir uns auch. Wir haben, wie gesagt, in diesem Jahr wieder über eine halbe Milliarde Euro, die hier in Berlin eingesetzt werden, und natürlich dient das alles auch der zusätzlichen Resilienz.

Insofern wird da noch einiges kommen, auch vonseiten des Senats. Wir haben noch von unserer Seite drei Konzepte, die in der Pipeline sind, zum ersten Morgen den Schutz der noralgischen Punkte, insbesondere was die Stromversorgung angeht, zum zweiten das Resilienzkonzept Mobilfunk, und es wird auch noch vor der Sommerpause ein Resilienzkonzept für die Berliner Wirtschaft geben, weil wir auch mit unseren Wirtschaftspartnern gesprochen haben, was eigentlich Unternehmen tun können, um sich besser vorzubereiten auf das Thema: Was machen wir denn eigentlich, wenn der Strom ausfällt, wenn wir Engpässe haben? – Ich denke, das ist eine Aufgabe für uns alle, dass wir uns damit auch auseinandersetzen. – So viel von meiner Seite!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Frau Senatorin! – Dann gehen wir in die Beantwortung durch die Wasserbetriebe. Wer fängt an? – Frau Dr. Grützmaker, bitte, dann haben Sie das Wort!

Dr. Gesche Grützmaker (BWB): Vielen Dank! – Ich fange an, weil es zunächst mal um das Thema Resilienzkonzept ging. Das hatten wir ja im Jahr 2020 vor dem Hintergrund von Dürren aufgestellt, die wir bislang so in dem Ausmaß nicht gekannt haben, und haben geschaut, inwiefern wir uns für die Zukunft besser aufstellen müssen. Wie machen wir unsere Trinkwasserversorgung resilient?

Im letzten Jahr haben wir uns aufgemacht, um das Resilienzkonzept noch mal zu überarbeiten. Wir haben dabei nicht nur die Klimaresilienz betrachtet, sondern auch, wie resilient unser Trinkwasserversorgungssystem gegenüber physischen Angriffen, gegenüber Stromausfällen et cetera ist. Das heißt also, das hat jetzt auch ins Resilienzkonzept Einzug gefunden, sogar noch vor dem Stromausfall jetzt im Januar.

Waren Anpassungen nötig? – Letztendlich lassen sich die Maßnahmen in drei unterschiedliche Kategorien gliedern: Zunächst mal, dass wir unser System robuster machen, das, was wir haben, ausfallsicherer – das war schon immer so –, und das ist letztendlich genau das, was wir unter Resilienz heutzutage verstehen. Dann, indem wir mehr Reserven schaffen. Das bedeutet, wir brauchen tatsächlich auch mehr Wasserwerke, mehr Brunnen. Da sind wir gerade an der Umsetzung dran. Als Letztes, dass wir immer im Blick haben: Das Ganze kann sich auch verändern. Das heißt, wir müssen regelmäßig draufschauen, und das sind auch nicht nur wir, sondern das ist die ganze Stadt, unsere Kundinnen und Kunden, aber auch die Verwaltung, die mit uns gemeinsam dort die Rahmenbedingungen schaffen muss, damit wir unser System so aufstellen können, dass wir auch Morgen noch sicher mit Wasser versorgen können.

Im Zuge der aktuellen Ereignisse haben wir uns nicht großartig zusätzliche Investitionen vorgenommen, sondern wir haben uns vorgenommen, die Investitionen, die wir vorhaben, zügiger und konsequenter umzusetzen, das heißt also, hier nicht noch die letzte Variante zu prüfen: Gibt es möglicherweise eine noch optimalere Variante? –, sondern tatsächlich da in die Umsetzung zu gehen, wo es geht, wo wir bereits jetzt schon zur Tat schreiten können, das dann auch zu tun.

In Bezug auf den Klimapakt möchte ich kurz sagen, dass wir kein zusätzliches Geld aus dem Klimapakt erhalten, sondern dass wir uns zu Maßnahmen verpflichtet haben, die am Ende darauf einzahlen. Das heißt, das ist bereits in unserem Investitionsvolumen drin. Also alles, was Solaranlagen, zusätzliche Windanlagen oder aber auch Energieeinsparmaßnahmen angeht, das setzen wir bereits jetzt um. Natürlich ist es so – Frau Senatorin Giffey hat es gesagt –, unser Investitionsvolumen ist immens. Wir haben jedes Jahr über 500 Millionen Euro, auch letztes und vorletztes Jahr gehabt. Das heißt also, wir setzen hier viel um und das, was wir in Bezug auf die Resilienz, in Bezug auf die Härtung unseres Systems machen müssen, das ist da tatsächlich schon mit drin, und wir müssen jetzt nicht hergehen und das Doppelte investieren, will ich einfach mal ganz platt sagen.

Wo wir aber Anpassungsbedarf sehen, ist, dass wir uns vorgenommen haben, in der Umsetzung schneller zu werden, dass dann natürlich nicht nur wir der Engpass sind, wir insofern, als dass wir natürlich auch das Personal und die Mittel zur Verfügung haben müssen, aber tatsächlich sind wir auch von vielen anderen Playern in der Stadt abhängig. Da geht es natürlich um Genehmigungen, da geht es um die Verkehrskonzepte, wie wir dann auch Dinge in die Straße bringen können, Leitungen, das ist tatsächlich sehr komplex. Da würden wir gern sehen, dass wir da etwas mutiger vorangehen und Dinge umsetzen, die im Endeffekt auch alternativlos sind.

Kerstin Oster (BWB): Zur Frage, was noch verbessert werden könnte: Es geht einerseits – wie auch schon gerade gesagt wurde – um die Genehmigungsverfahren für Netzersatzanlagen und Vorrat an Kraftstoff, insbesondere auf Wasserwerken. Hier haben wir oft den Konflikt zwischen den Zielen Schutz der Umwelt versus Schutz der Versorgungssicherheit. Da müssen wir dann auch sofort reagieren können. Es geht aber auch um den physischen Schutz, zum Beispiel Schaffung einer Möglichkeit für ein Überflugverbot für Drohnen bei KRITIS-Einrichtungen. Auch das wäre noch mal interessant. Dann die Beschaffungsvorgaben, wie schnell wir, wenn es sehr eilig und sehr dringlich ist, zu unseren Mitteln kommen, die wir benötigen. Das Thema Datenschutz und Datensicherheit ist ebenfalls ein großes Thema für

uns, denn wir brauchen eine Erweiterung der Aufzeichnungsdauer auf gesetzlicher Ebene auf einen Monat sowie vereinfachte Voraussetzungen zur Überwachung öffentlicher Bereiche im Bereich kritischer Anlagen zur Früherkennung eines Angriffs. Das würde uns sehr helfen. Dadurch haben wir präzisere gesetzliche Kriterien im Rahmen der Verhältnismäßigkeitsprüfung, und für uns ist auch noch mal wichtig – und das können wir nur immer wieder betonen, das wurde auch oft bei uns diskutiert – die Schaffung von übergeordneten Koordinierungsstellen auf Landesebene und insbesondere gemeinsame Übungen mit den KRITIS-Betreibern, Behörden mit Ordnungs- und Sicherheitsaufgaben sowie Landesbehörden, Senats- und Bezirksverwaltungen, dass wir in der Krise relativ schnell auch gemeinsam die Krise bewältigen können.

Dr. Gesche Grützmacher (BWB): Ich würde jetzt noch mal zum Thema höhere Etagen antworten wollen, das kam ja mehrfach vor. Wir sichern einen ausreichenden Druck bis in die sechste Etage, wirklich auch bis tief ins Stadtgebiet hinein aus den Wasserwerken. Aber das bedeutet nicht, dass ab der siebten Etage nichts mehr da ist. Es ist einfach nur so, dass der Druck nicht mehr ausreicht beziehungsweise nicht mehr so ist, wie man es gewohnt ist.

Natürlich ist es so – und das hat sich auch beim Stromausfall im Januar gezeigt –, wenn in den oberen Etagen weniger Wasser ist, dann behilft man sich normalerweise mit den Etagen darunter, also man fragt bei seinen Nachbarn. Theoretisch kann man natürlich auch Hydranten und Standrohre aufstellen, bislang haben wir das eher im Fall von Rohrbrüchen gemacht, aber natürlich ist das auch eine Möglichkeit, dort abzuhelfen.

Letztendlich ist es so, in Lichtenberg betreiben wir beispielsweise selber Druckerhöhungsstationen, das sind Druckerhöhungsstationen der Berliner Wasserbetriebe, die wir auch entsprechend ausstatten, sodass wir da im Zweifelsfall auch mit mobilen Notstromaggregaten hergehen können und die Wasserversorgung sichern können. An sich ist es eine Aufgabe des Gebäudebetreibers. Der muss zusehen, dass diese Druckerhöhungsstation, wenn es denn ein sehr hohes Gebäude gibt, auch mit Notstrom entweder intern bereits abgesichert ist, wie das ja auch in Krankenhäusern der Fall ist, oder von außen Notstrom eingespeist werden kann. Das heißt also, das sind Dinge, wo sich die Gebäudebesitzer mal anschauen müssen: Wie sind wir tatsächlich auch in solchen Situationen abgesichert? Aber natürlich lassen wir hier keinen im Stich und stellen im Zweifelsfall dann auch Standrohre auf und haben natürlich auch diese Tüten, die Frau Senatorin Giffey bereits erwähnt hat.

Sind unsere Anlagen ausreichend geschützt? – Da geht es eben nicht nur gegen einen Stromausfall, sondern auch gegen physische Anschläge. Auch da sind wir natürlich ständig dabei zu schauen: Sind wir durch unsere Maßnahmen, die wir haben, die natürlich darin bestehen, dass wir unsere Wasserwerke mit Zäunen und Videoanlagen geschützt haben, ausreichend auf Anschläge vorbereitet? – Letztendlich ist der wichtigste Schutz hier die Redundanzen, die wir haben. Wenn ich eine Leitung zum Beispiel durch einen Rohrschaden verliere, dann muss ich ja auch relativ schnell in kürzester Zeit zusehen, dass das System wieder unter Druck gerät und wir ausreichende Wasserversorgung haben. Das heißt also, was das Rohrnetz angeht, sind wir hier durch unser vermaschtes Netz ganz gut gesichert und unsere Wasserwerke gegen physisches Eindringen. Was Gesundheitsgefahren angeht, auch da haben wir ein sehr hochqualitatives Monitoring, nicht nur der Wasserqualität, sondern auch des Wasserdrucks, dass wir ständig sehen, wenn irgendwo manipuliert wird, dass wir dort entsprechend hergehen

können, und natürlich sind unsere Schaltwarten 24/7 besetzt und können dann entsprechend reagieren.

Im Prinzip haben wir da keinen großen Nachholbedarf. Wie Frau Giffey eben auch erwähnte, sind wir bereits auf einem hohen Niveau, und was die Bewachung von Leitungen an sich angeht, davon nehmen wir Abstand, denn an sich sind unsere neuralgischen Punkte nicht die Wasserleitungen selber.

Zu den Notstromaggregaten gab es die Frage, mit welchem Kraftstoff die betrieben werden. – Ja, das sind Dieselaggregate. Auch hier sind wir natürlich dabei zu schauen, inwiefern sich das auch durch andere Möglichkeiten betreiben lässt, vielleicht auch erneuerbare Energien. Tatsächlich ist aber der Strombedarf bislang so hoch, dass wir das wirtschaftlich überhaupt nicht abbilden können und die Dieselgeneratoren derzeit auch diejenigen sind, die die verlässlichste Funktionstüchtigkeit haben und wir dementsprechend dafür sorgen, dass wir eine entsprechende Treibstoffnachlieferung haben. Da haben wir entsprechende Vorräte. Wir haben ein System ausgebaut, wo auch unabhängig vom Mobilfunknetz eine Meldung aus den Wasserwerken an das Tanklager geht, wenn beispielsweise das Notstromaggregat nachbetankt werden muss. Dieses Notstromkonzept haben wir schon seit vielen Jahren. Das wird jetzt noch auf den ganzen Bereich Abwasserentsorgung erweitert. Letztendlich ist es natürlich so, dass auch dort die Pumpwerke weiter betrieben werden müssen, wenn der Strom ausfällt, gerade, wenn es sich um einen langandauernden Stromausfall handelt.

Die Notbrunnen habe ich bereits erwähnt. Wir haben im Zweifelsfall am Ende auch noch die Notbrunnen, die wir jetzt im Auftrag der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt warten, instand halten und reparieren, falls notwendig, sodass wir da noch mal eine Rückfallebene haben. Aber natürlich ist es nicht das, worauf wir uns vorbereiten. Wir möchten so lange, wie es geht, die leitungsgebundene Trinkwasserversorgung aufrechterhalten. 36 Stunden ist das, was bislang unsere Maßgabe war. Natürlich hat jetzt der Stromausfall im Januar gezeigt, dass 36 Stunden am Ende nicht ausreichend sind. Wir haben ja auch gezeigt, dass wir deutlich mehr können. Das heißt, wir gehen jetzt von unterschiedlichen Szenarien aus, einmal was einen flächendeckenden Stromausfall angeht und einmal was den lokalen Stromausfall angeht, und dort, beim lokalen Stromausfall, bereiten wir uns auf deutlich längere Zeiten als 36 Stunden vor.

Kerstin Oster (BWB): Dann vielleicht noch mal in Bezug auf die Serversicherheit: Wir führen OSINT-Analysen durch. Das heißt, wir schauen uns eine frühzeitige Erkennung von Cyberangriffen und Datenlecks an, und das trägt natürlich auch zur Stärkung des strategischen Lagebildes bei. Das machen wir mit einem externen Anbieter, der das regelmäßig macht.

Anti-Phishing-Kampagnen sind ganz wichtig. Ich glaube, ein großes Eintrittstor sind natürlich auch die Beschäftigten, welche E-Mail man dann öffnet. Also wir brauchen ein hohes Bewusstsein über die Kritikalität von betrieblichen Informationen und deren Umgang bei unseren Beschäftigten der Berliner Wasserbetriebe. Wir müssen sie einfach sensibilisieren, wenn es um Spam-E-Mails geht.

Wir haben uns hier noch mal angeschaut, wenn wir über die Penetrationstests sprechen, das heißt ja, wie unsere digitale Infrastruktur aufgebaut ist, dann haben wir bisher diese Tests in unserem Leit- und Informationssystem Abwasser, Leitsystem Wasser durchgeführt in der IT-

Infrastruktur. Wir führen permanente Tests beim Aufbau des neuen Leitsystems Wasser durch. Wir haben unser Laborsystem analysiert und unsere Wasserqualität hierzu auch entsprechend diesem Test unterzogen, Leit- und Informationssystem Abwasser, Security-Assessment. Also Sie sehen, auch unser Leitklärwerk in Ruhleben, wir gehen konsequent jährlich in diese Penetrationstests, die werden auch aufgearbeitet. Wir arbeiten mit der Organisation, das wird, wie gesagt, extern gemacht. Das findet auch jährlich statt.

Wir haben auch bisher Übungen mit Berliner Behörden durchgeführt. Wir haben einerseits Teilnahme an einer Feuerwehübung zum Thema Ölsperren auf Gewässern, Teilnahme an der Krisenstabsübung der Feuerwehr, dann haben wir – das ist auch wichtig – an einem Planspiel bei SenInnSport zum Thema Ausfall der Wasserversorgung in einem kleinen Stadtgebiet mit diversen Senatsverwaltungen, Polizei und Feuerwehr teilgenommen, und Wargaming, das ist ja auch ganz wichtig, dass man unter diesen Bedingungen schaut, wie ein System in eine Notlage geraten kann, und das haben wir gemeinsam mit der Bundeswehr bei der IHK gemacht. Also wir machen das regelmäßig, intensiv und auch jährlich. Das wird im Rahmen der Unternehmenssicherheit, die das strategisch aufbaut, in einer Strategie formuliert. Ganz wichtig ist für uns natürlich, dass das in die Organisation hereingeht, dass es quasi ein Selbstverständnis für die Beschäftigten ist, mit diesen Themen auch umzugehen.

Aber es gibt natürlich, das muss man auch sagen, nie eine hundertprozentige Sicherheit. Wir versuchen alles erdenklich Mögliche, wie Frau Dr. Grützmacher das gerade auch gesagt hat. Insofern ist es für uns ganz wichtig, dass wir permanent an diesen Themen arbeiten und sehr sensibel reagieren.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank für Ihre Antwortrunde! – Ich habe jetzt eine weitere Wortmeldung durch den Kollegen Bertram. – Bitte!

Alexander Bertram (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank für die Ausführungen seitens der Senatorin und von Ihnen beiden! Krisenmanagement liegt gut in Frauenhänden kann man heute feststellen.

Ich habe trotzdem noch eine Nachfrage aufgrund Ihrer Ausführungen, Frau Oster. Sie hatten mehrere Punkte zum Thema Anpassungsbedarfe, die Sie sehen, benannt. Das werde ich noch mal im Protokoll nachlesen, will aber dazu den Senat fragen: Wir haben im ersten Halbjahr im Haus gesetzliche Anpassungen aufgrund des Anschlags im Januar gehabt. Jetzt gibt es weitere Bedarfe. Sicherlich stehen Sie, so wie Sie auch die Resilienzkonzepte erarbeiten, mit anderen KRITIS-Betreibern im Austausch. Gibt es dazu bei Ihnen einen Prozess, wie eventuelle Anpassungsbedarfe bewertet werden und dann eventuell auch mit Vorschlägen untersetzt werden?

Das Zweite: Ich wollte gern noch mal an meine beiden Fragen erinnern, weil jetzt auch seitens der Wasserbetriebe das Thema gemeinsame Übungen zum zweiten Mal benannt wurde, was da seitens des Senats in koordinierender Tätigkeit geplant ist – da der Senat ja immer mit einer Stimme spricht, bin ich mir gerade nicht sicher, bei wem es dann liegt, ob es bei Ihnen im Hause in der Verantwortung liegt oder doch eher in der Innenverwaltung –, aber wie Sie sich quasi dort abstimmen, um die unterschiedlichen Stakeholder zusammenzubringen und was konkret unsere landeseigenen Unternehmen und diejenigen, die es darüber hinaus betrifft,

erwarten können und wie vielleicht ein skizzierter Fahrplan ist, um in diese gemeinsame Übungssituation besser reinzukommen.

Jetzt wurde gerade noch mal von Frau Dr. Grützmaker der Punkt Bereitstellungszeiten aufgemacht. Wie lange müssen Sie quasi bestimmte Leistungen vorhalten? Ist das Thema bei Ihnen, wo Sie Anpassungs- oder Abstimmungsbedarfe aufgrund der aktuellen Herausforderungslage sehen? – Danke!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Ich würde gern von meiner Seite noch mal eine Sache nachfragen.

Jörg Stroedter (SPD): Frau Grützmaker, Sie haben ja gesagt, die Leitungen sind bei Ihnen eher nicht das Problem. Das war es ja bei Strom generell auch nicht, trotzdem gab es ja Ausnahmen. Aber ich sehe das wie Sie.

Aber wie sehen Sie denn den Schutz Ihrer eigenen Wasserwerke sowohl personell als auch mit der Möglichkeit, dort einzugreifen, um es mal vorsichtig zu sagen? Das würde ich gern noch mal hören, weil ich da noch nicht so richtig sicher bin, ob das so ist, wie das vielleicht theoretisch sein müsste. Nun haben sich ja die Zeiten wieder mal verändert. Es besteht ja wieder stärker die Möglichkeit, dass es so etwas gibt. Lange Zeit war das nicht so ein Thema. Aber jetzt ist es wieder ein Thema, und deshalb würde mich das noch mal interessieren, und ich würde auch gern noch mal die Einstellung des Senats zu diesem Thema hören.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Gibt es noch weitere Wortmeldungen? – Ja, der Kollege Hansel. – Bitte sehr!

Frank-Christian Hansel (AfD): Ich habe noch mal eine Frage in Bezug auf ein Szenario, was einen dann, wenn man darüber nachdenkt, natürlich auch ein bisschen erschreckt: Was ist denn, wenn jetzt irgendjemand das Wasser vergiftet oder wenn so ein Anschlag auf das Wasser selbst passiert, also nicht mit Strom und dem ganzen Thema, sondern wenn da was ist? Wie gibt es da Detektoren? Wie geht man damit um? Was ist da der Punkt?

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Gibt es noch weitere Wortmeldungen? – Das sehe ich nicht. – Aufgrund der Zeit würde ich mit Ihnen wieder anfangen, Frau Senatorin, bitte sehr!

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe): Nur ganz kurz: Wir haben bei uns im Haus ja seit der ersten Energiekrise nach dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine unseren eigenen Krisenstab eingerichtet. Der hat sich immer mit den Fragen von Energiesicherheit, Versorgungssicherheit und so weiter beschäftigt. Der ist jetzt in dieser Situation auch wieder zusammengetreten. Wir haben dem Krisenstab auch zusätzliche Handlungsleitfäden durch unser Schutzkonzept gegeben, das wir schon im Dezember im Senat hatten.

Der Krisenstab bei uns im Haus macht auch eigene Übungen. Es hat jetzt gerade auch eine stattgefunden. Es wird die nächste vorbereitet, die wahrscheinlich im Juni/Juli sein wird, so dass wir quasi bei uns im Hause auch diese Szenarien durchspielen: Wie sind die Meldekettten? Wer wird angerufen? Funktioniert das alles? – Und so weiter!

Es gibt darüber hinaus in allen Krisenstäben der Häuser auch Übungen, die gemacht werden. Die Gesamtkoordination für den großen Krisenstab läuft in der Innenverwaltung beziehungsweise auch gemeinsam mit den Betrieben. Aber das wird in der Innenverwaltung koordiniert. Wir sind natürlich als beteiligungsführende Stelle für unser Landesunternehmen verantwortlich, mit denen wir dann auch solche Dinge durchspielen.

Für uns ist entscheidend, dass wir in so einer Situation eine schnelle Reaktion der Meldekette haben. So ist es ja auch am 3. Januar gelaufen: Wir haben sofort die Meldung bekommen. Wir haben alle informiert. – Diese Abläufe durchzuspielen, wer, wann, wie dran ist, wer was machen muss, wer wen informiert, das ist das ganz Entscheidende, dass die Meldekette und die Abläufe reibungslos funktionieren. Das ist auch Gegenstand der Übung, und das muss natürlich in den einzelnen Krisenstäben, in den Bezirken, in den Häusern laufen. Das machen wir auch. In dem Sinne wird das auch weiter so laufen.

Für uns ist natürlich auch diese behördenübergreifende Zusammenarbeit wichtig: Was koordinieren wir mit Innen? Welche Akteure, welche Kollegen sind dann dran? – Sie müssen sehen, der Krisenstab sind ja nicht Kollegen, die sonst, wenn keine Krise ist, rumsitzen und nichts machen, sondern die haben eigentlich ganz normale Aufgaben im Haus, aber für alle ist klar: In dem Moment, wo wir ein Ereignis haben, bleibt alles andere liegen, und die Kollegen sind sofort abgestellt, und der Krisenstab tritt sofort ad hoc zusammen und jenseits aller anderen Aufgaben. Das muss natürlich dann auch so laufen, dass es dafür dann Vertretungsregelungen gibt. Also wenn ein Kollege, der sonst eine andere Aufgabe hat, in den Krisenstab geht, müssen die anderen in der Abteilung abfangen, was der machen würde. Das ist entscheidend, dass das auch funktioniert, dass wir immer eine Priorisierung haben, die, die im Krisenstab sind, treten sofort zusammen und wissen auch, wie ihre Abläufe, wie ihre Informationsketten sind. Da haben wir uns in den letzten Jahren deutlich weiterentwickelt. Das ist auch das, was dann konkret geübt wird, auch in Zusammenarbeit mit den anderen Häusern und mit unseren Betrieben.

Für die Gesamtkoordination wird es ja auch das neue, überarbeitete Katastrophenschutzkonzept geben. Das wird aber von der Innenverwaltung in Zusammenarbeit mit der Senatskanzlei verantwortet. Da gibt es ja auch die vier Experten, die jetzt dazu genommen worden sind, unter anderem Albrecht Broemme, Sigrid Nikutta und Heyo Kroemer aus der Charité. Da wird es noch mal ein Extrathema geben, aber das kommt auch in den nächsten Wochen, dass das auch noch vor der Sommerpause in den Senat geht, so hat mir das die Innensenatorin mitgeteilt.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Dann darf ich dem Vorstand noch mal das Wort geben. – Frau Oster, bitte!

Kerstin Oster (BWB): Vielen Dank, Herr Stroedter! – Die Wasserwerke werden mit den mobilen Videotürmen überwacht, und hier liegt auch unsere absolute Priorität. Die Kameras sind extern auf einem Sicherheitsleitstand angeschaltet, um die Intervention sicherzustellen.

Dann haben wir digitale Schließsysteme, also von analogen in digitale Schließsysteme, sodass wir auch hier einen Schutz haben. Da haben jetzt wir einen Umsetzungsstand von 90 Prozent. Wir investieren dort sehr. Wir sensibilisieren auch unsere Pfortnerinnen und Pfortner. Es gibt einen Standort, da bin ich selber fast nicht reingekommen.

Wir begehen natürlich auch alle Werke. Was machen wir da? – Unser Stabsbereich Unternehmenssicherheit geht dort gemeinsam auch mit Abwasser, mit der Abwasserentsorgung, mit der Wasserversorgung regelmäßig auf alle Werke, macht dort auch Tests und schaut sich das an, und wir müssen natürlich auch unsere Beschäftigten vor Ort sensibilisieren.

Dr. Gesche Grützmacher (BWB): Ich ergänze noch zum Thema physische Sicherheit. Das ist ja der erste Schritt, mit dem wir verhindern, dass Leute tatsächlich mit unserem Reinwasser in Kontakt kommen, also mit dem Rohwasser, was ins Wasserwerk reingeht, aber dann auch, was in die Stadt gepumpt wird. Trotzdem ist es aber auch so, dass wir auch innerhalb des Wasserwerks zusätzliche Alarme haben. Also dort, wo beispielsweise Zutritte zu Kammern sind, die das Reinwasser speichern, gibt es noch mal zusätzliche Alarme. In dem Moment, wo ich dort eine Tür öffne, einen Deckel anhebe, erfolgt eine Meldung in der Leitwarte, genauso auch bei Brunnen, dass ich dort in dem Moment auch sofort Gegenmaßnahmen ergreifen kann und das Wasser tatsächlich am Ende gar nicht das Wasserwerk verlässt. Das sind unsere Maßnahmen zum physischen Schutz, aber auch vor der Kontamination am Ende mit Stoffen, die dort nicht reingehören. Wie ich aber bereits erwähnte, haben wir natürlich ein dichtes Messnetz, nicht nur von Drucksensoren in der Stadt, wenn irgendwo manipuliert wird, wenn irgendwo etwas auf- oder zugemacht wird, dass wir dort genau sehen, wo was passiert, wo wir jemanden vor Ort hinschicken können, der dann 24/7 schauen kann, was dort gerade passiert.

Als Letztes haben wir ein ebenfalls dichtes Monitoringnetz, wo wir regelmäßig Wasserproben entnehmen, nicht nur am Werksausgang, wo wir kontinuierlich Parameter messen, wie pH-Leitfähigkeit, Sauerstoffgehalt, sondern auch im Netz selber Probenahmestellen, wo wir nicht nur die mikrobiologische Qualität, sondern auch dieselben Vor-Ort-Parameter wie im Wasserwerk messen und darüber hinaus regelmäßig auch ganz große Analysen machen, wo wir einen ganzen Schwung von Stoffen messen, auch deutlich über das hinaus, was die Trinkwasserverordnung vorsieht, damit wir einfach wissen, ob da Stoffe drin sind, die dort nicht reingehören. Dementsprechend, glaube ich, sind wir ganz gut gerüstet. Aber das ist auch ein kontinuierlicher Verbesserungsprozess.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank für die Beantwortung! – Gibt es noch weitere Wortmeldungen oder Fragen? – Dann ist nicht der Fall. Dann schlage ich vor, dass wir den Punkt 2 der Tagesordnung abschließen, weil wir nicht mehr so viele Sitzungen haben und dann bringt das mit der Auswertung nichts. – Das wird so gesehen. Dann schließen wir den Tagesordnungspunkt 2 ab. – Dann darf ich mich sehr bei den beiden Vorständen für Ihr Kommen bedanken. Sie haben ja viel Lob bekommen. Insofern leisten Sie weiter Ihre gute Arbeit im Sinne des Landes Berlin und vor allem im Sinne aller Wasserkunden, die wir hier in Berlin haben! Vielen Dank und gute weitere Termine!

Punkt 3 der Tagesordnung

Vorlage – zur Kenntnisnahme –
Drucksache 19/2013
**Rücklagenbildung der Berliner Wasserbetriebe
(BWB) für das Geschäftsjahr 2023**
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

[0215](#)
WiEnBe

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 19/3053
**Abschaffung der CO₂-Steuer – Berlin muss sich für
ein Ende der Teuerung einsetzen**

[0304](#)
WiEnBe
BuEuMe(f)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.